

E 4.3.09

DIE LINKE. Rathausfraktion, Christianstr. 59, 24534 Neumünster

DIE LINKE.
Rathausfraktion

An den
Stadtpräsidenten der Stadt Neumünster
Herrn Friedrich-Wilhelm Strohdiek

0037/2008/pn

Guntram Pappe
Stelv. Fraktionsvorsitzender
Christianstr. 59
24534 Neumünster
Telefon 04321/840 02 45
Fraktion@dielinkenms.de
www.dielinkenms.de

StPr / StR / SGLT / Obm
ent. W+ / 04.03.09

Neumünster, 3. März 2009

Antrag auf Erhöhung des Zuschusses des Notrufs und Fachberatung für häusliche und sexualisierte Gewalt e.V.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
bitte setzen Sie diesen Antrag auf die Tagesordnung der Ratsversammlung vom 19.03.2009

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Dem Antrag des Notrufs und Fachberatung für häusliche und sexualisierte Gewalt e. V. Neumünster über eine Erhöhung des vertraglich vereinbarten Zuschusses in Höhe von jährlich 13.700 € für den Doppelhaushalt 2009/2010 wird stattgegeben.

Begründung:

Ab dem 01. Januar 2009 traten für den Notruf Neumünster die neuen Richtlinien des Landes zur institutionellen Förderung in Kraft. Ziffer 4.2.1 der neuen Richtlinien Kommunale Mitförderung sagt aus: „Zuwendungen an eigenständig arbeitende Beratungsstellen sollen grundsätzlich nur gewährt werden, wenn sich die Standortgemeinden und Kreise bzw. die kreisfreien Städte an der Förderung der nach diesen Richtlinien zuwendungsfähigen Ausgaben mindestens zur Hälfte beteiligen“ (siehe Anlage).

Um den Mindestanforderungen der Richtlinien des Landes zu entsprechen, fehlen unserer Fachberatungsstelle von der kreisfreien Stadt Neumünster jährlich 2.300 €. Denn im Jahr 2008 wurde die Arbeit der Fachberatungsstelle für Gewaltopfer von der Stadt Neumünster jährlich mit 46.300 € und vom Land Schleswig-Holstein, Ministerium für Bildung und Frauen mit 48.600 € gefördert.

Bereits zu Beginn des Jahres 2008 wies die Gesamtfinanzierung des Notrufs Neumünster zur Wahrnehmung der vertraglich übernommenen Aufgaben eine Finanzierungslücke von 5000 € auf. Die Fachberatungsstelle konnte das Defizit zwar in 2008 Dank einer überraschend hohen Bußgeldüberweisung der Staatsanwaltschaft Kiel schließen. Doch für die Arbeit in 2009 ist dies nicht zu erwarten.

Der Bereich der Arbeit von schulischer Gewaltprävention in Form von erfahrungsbezogenen Unterrichtseinheiten für Schülerinnen und Schüler zur Thematik der häuslichen Gewalt hat sich im Jahr 2008 stark erweitert. Das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium wünscht sich für die Zukunft eine kontinuierliche, jährliche Zusammenarbeit. Bereits jetzt liegen dem Notruf von Neumünsteraner Schulen weitere Anfragen nach Gewaltprävention für das Jahr 2009 vor. Daher benötigt der Notruf ausreichende Geldmittel für einen vermehrten Einsatz in der Präventionsarbeit.

S. W.

Problembereiche zu denen Beratungen durchgeführt wurden:

- Häusliche Gewalt/Körperverletzung 23 %
- Körperverletzung/autom. Datenübermittlung durch die Polizei 19 %
- Sexueller Missbrauch in der Kindheit 28 %
- Vergewaltigung 11 %
- Sexuelle Nötigung/Belästigung am Arbeitsplatz 4 %
- Seelische Gewalt 3 %
- Bedrohung / Stalking 3 %
- Paarberatung 2 %
- Gerichtsbegleitung 4 %
- Antigewalttraining 3 %

Anzahl der Beratungen im Laufe der Jahre:

- 2004 1236
- 2005 1144
- 2006 1521
- 2007 1401
- 2008 hochgerechnet ca. 1800.

Vom Notruf durchgeführte, schulische Gewaltprävention im Jahr 2008

- Alexander-von-Humboldt-Gymnasium: 4 Unterrichtseinheiten
- Gesamtschule Faldera Mitarbeit bei der interaktiven Ausstellung „Echt fair“ für Jugendliche und Kinder

Der Notruf wird in Zusammenarbeit mit dem Jugendschutz der Stadt Neumünster in Zukunft die ausstellungsbegleitende Lehrerfortbildung und die Durchführung der Elternabende übernehmen.

Diese Zahlen belegen, dass die Arbeit des Vereins für die Stadt Neumünster unverzichtbar ist. Deshalb beantragt der Verein die Aufstockung des Zuschusses durch die Stadt Neumünster um 13.700 jährlich, um über die bisher refinanzierten 1,96 Stellen hinaus vor allem in Schulen präventiv tätig sein zu können. Diesem Antrag schließen wir uns an und bitten um Zustimmung.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine, da die Mittelbereitstellung aus Umverteilung bestehender Haushaltstitel erfolgt.


Guntram Papp und Fraktion